

## Rechtsschutzversicherung unter Druck: Steigende Kosten für alle!

Ab 1. Juni 2025 steigen Anwalts- und Gerichtskosten in Deutschland. Rechtsschutzversicherer erwarten massive Mehrbelastungen.



**Rohrbach, Deutschland** - Ab dem 1. Juni 2025 stehen in Deutschland Änderungen im Kosten- und Vergütungsrecht bevor, die nicht nur die Anwaltshonorare betreffen, sondern auch die Gerichtskosten deutlich anheben werden. Diese Entwicklungen lösen bereits jetzt Besorgnis aus, denn die **Cash-Online** berichtet, dass die Rechtsschutzversicherer mit einer jährlichen Mehrbelastung von rund 250 Millionen Euro rechnen. Experten schlagen Alarm, denn Anbieter von Rechtsschutzversicherungen befürchten, dass die höheren Kosten für die Verbraucher eine Hürde darstellen könnten, um sich rechtlich durchzusetzen.

In den letzten Jahren gab es bereits mehrere Anhebungen der

Gebühren, wie die Kostenrechtsnovelle von 2021 zeigt. Knapp 60 Prozent der Haushalte in Deutschland besitzen eine Rechtsschutzversicherung, doch für rund 40 Prozent der Bevölkerung ohne diese Absicherung wird es zunehmend schwieriger, die gestiegenen Anwalts- und Gerichtskosten zu tragen. Besondere Sorgen macht Anja Käfer-Rohrbach vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), die darauf hinweist, dass die steigenden Preise den Zugang zum Recht gefährden könnten.

## **Die neuen Herausforderungen für Rechtsschutzversicherer**

Wie aus der **Versicherungswirtschaft Heute** hervorgeht, wird die Kosten- und Betreuervergütungsrechtsänderungsgesetzes nicht nur neue Gebühren für Anwälte einführen, sondern auch den Preis für Gerichtsverfahren hinaufsetzen. Laut einer Studie des Bundesjustizministeriums verzichten fast 60 Prozent der Mandanten aus Kostengründen auf Klagen. Auch die Praxis zeigt: Über die Hälfte der Anwälte rät ihren Mandanten von rechtlichen Schritten ab aufgrund der hohen Kosten.

Ein weiteres erhellendes Bild über die Lage zeichnen die Daten des GDV. 2024 wurden in Deutschland etwa 27,3 Millionen Rechtsschutzversicherungsverträge abgeschlossen, und über 4,8 Millionen Fälle wurden mit einem gesamten Aufwendungsbetrag von etwa 3,8 Milliarden Euro unterstützt. Bemerkenswerterweise entfallen über 80 Prozent dieser Summe auf Anwaltshonorare. Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des GDV, betont, dass viele Menschen ohne Rechtsschutzversicherung vor einer unüberwindbaren finanziellen Hürde stehen, wenn sie ihre Ansprüche rechtlich geltend machen wollen.

## **Der digitale Wandel und seine Auswirkungen**

In dieser sich wandelnden Landschaft wird oft der digitale Fortschritt angesprochen. Die Versicherungswirtschaft fordert eine Überarbeitung des Gebührenrechts, das an moderne Arbeitsweisen angepasst werden sollte – gerade in einem Zeitalter, in dem Digitalisierung und Künstliche Intelligenz die anwaltliche Praxis revolutionieren. Massenverfahren, wie sie im Diesel-Skandal aufgetreten sind, könnten durch industrielle Bearbeitung kostengünstiger und effizienter sein.

Die aktuellen Pläne zur Gebührenanpassung sehen eine Erhöhung von bis zu neun Prozent vor. Dies könnte den Zugang zur Justiz für viele Menschen weiter erschweren. Die Gesellschaft steht vor der Herausforderung, das Rechtssystem sowohl für Verbraucher als auch für Rechtsschutzversicherer fair und nachvollziehbar zu gestalten, und die Politik sieht sich in der Verantwortung, hier Lösungen zu finden.

Details	
<b>Ort</b>	Rohrbach, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.cash-online.de">www.cash-online.de</a></li><li>• <a href="http://versicherungswirtschaft-heute.de">versicherungswirtschaft-heute.de</a></li><li>• <a href="http://www.gdv.de">www.gdv.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [aktuelle-nachrichten.at](http://aktuelle-nachrichten.at)**